

**Christian Baldauf, MdL**  
**Vorsitzender der CDU-Fraktion**  
**im Landtag von Rheinland-Pfalz**

**Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 8 a**  
**37. Plenarsitzung, Donnerstag, 26. Januar 2023**

**Redebeitrag zur Aktuellen Debatte der CDU-Landtagsfraktion**  
**„Absage von vielen Karnevalsumzügen zeigt dringenden**  
**Handlungsbedarf – verunsicherte Kommunen und Veranstalter**  
**bei der Umsetzung von Sicherheitsauflagen besser unterstützen“**

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

26.01.2023

Anrede,

Fastnacht in Rheinland – Pfalz ist

- Kulturgut.
- ist regionales Brauchtum, das von Vereinen mit Herzblut gepflegt wird,
- ist ehrenamtliches Engagement, das in der Corona-Zeit viele Bürgerinnen und Bürger, unsere Kinder, total vermissten.

Nun freuten sich viele auf die diesjährigen Umzüge, doch den pandemiegebeutelten Närrinnen und Narren haben sich neue Sicherheitsauflagen und Bürokratie buchstäblich in den Weg gestellt. Die Folge: Frust statt Frohsinn – überall im Land sind Umzüge reihenweise abgesagt, auch bei mir zuhause in Frankenthal.

Anrede,

die diesjährige Fastnacht ist nicht vom Himmel gefallen. Wir diskutieren heute ein Problem, in das die Landesregierung sehenden Auges hineingeschlittert ist! Und genau das macht die Sache so ärgerlich! Denn im Grunde genommen haben wir die Diskussion bereits vor geraumer Zeit geführt, als es um Weinfeste und -umzüge ging. Das ist allerdings an der Landesregierung abgeprallt. Sie hat keine Konsequenzen aus den Hilferufen von Kommunen und Vereinen gezogen, null Problembewusstsein. Mehr noch: Der neue Innenminister hat gleich mehrfach im SWR abgewiegelt: Alles nicht schlimm, alles wie vorher, kein Handlungsbedarf! Herr Innenminister, nur zu einem Runden Tisch haben Sie sich aufrufen können – aber ein wirkliches Ergebnis gab es nicht. Sie lassen unsere Vereine im Stich!

Karneval und Fastnacht, Wein- und Winzerfeste, Kerb und Kirmes – alles ganz unterschiedliche regionale Traditionsveranstaltungen unter freiem Himmel, die mit dem gleichen Problem konfrontiert sind: Wie umgehen mit den Anforderungen aus dem neuen Polizei- und Ordnungsbürokratiengesetz?! Unbestritten muss Sicherheit für die Besucher von Umzügen und Festen gewährleistet sein.

Der furchtbare islamistische Anschlag auf den Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Breitscheidplatz im Jahr 2016 mit 12 Toten oder die Amokfahrt in einen Karnevalsumzug im Jahr 2020 im hessischen Volkmarsen mit 154 Verletzten haben das Bewusstsein für die Gefahren von Veranstaltungen unter freiem Himmel verändert.

Anrede,

zentrale Aufgabe ist daher, einen praxisgerechten Ausgleich zwischen notwendigen Sicherheitsanforderungen und der Bewahrung traditioneller Veranstaltungskultur zu finden. Ihre Durchführung darf nicht durch zu hohe Auflagen unmöglich gemacht werden! Und da reicht es nicht – wie es die Landesregierung getan hat – örtlichen Verwaltungen und Vereinen 115 Seiten Anwendungshinweise zu dem neuen § 26 des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes vor die Füße zu werfen!

Die Realität zeigt, dass viele örtliche Verwaltungen und veranstaltende Vereine verunsichert, ja überfordert sind, mit dem, was sie da anwenden sollen. Straßensperren, Entfluchtungsplan, Risikobewertung für verschiedene Einsatzlagen, Einschätzung des Besucherverhaltens usw. Das alles ist wichtig, aber nicht überall und nicht überall in der gleichen Intensität. Hier muss dringend nachgesteuert werden! Ganz zu schweigen von einer landesweit einheitlichen Anwendung der neuen Regeln – hier sind Sie, Herr Innenminister Ebling, gefordert.

- Zu viel Bürokratie,
- zu wenig Hilfe,
- zu hohe Auflagen,
- gestiegene Kosten für deren Umsetzung und
- für die Erstellung von Sicherheitskonzepten,
- die Absicherung von zum Teil kilometerlangen Streckenführungen durch Gitter, Sicherheitspersonal oder andere Sicherungsmittel –

Herr Minister Ebling, das schaffen unsere Vereine nicht mehr!

Betroffene berichten, dass bisher beispielsweise PKW zur Absperrung genutzt werden konnten. Das sei jetzt nicht mehr möglich. Es müssten spezielle teure Hindernisse, wie z.B. Wassercontainer, beschafft werden. Allein in Frankenthal hätte es 40 Lastwagen gebraucht. Die Zahl der erforderlichen Begleitpersonen ist erhöht worden, was die ehrenamtliche Arbeit belastet.

Zudem soll jetzt eine kostenintensive professionelle Security beschäftigt werden, wo früher ehrenamtliche Ordner eingesetzt wurden. Alleine in Mainz belaufen sich die Kosten nur für die Security-Kräfte auf 110.000 Euro. Hans Mayer, Präsident der Rheinischen Karnevals Korporationen, verweist gegenüber der Allgemeinen Zeitung auf ein kleines Dorf in der Eifel, das für seinen Umzug sage und schreibe 200 Schilder aufstellen soll.

Anrede,

das ist kein Fastnachtsscherz, das ist Fastnachtsirrsinn!

Deshalb fordert die CDU-Fraktion:

- einen Hilfsfonds, der Vereinen aber auch Kommunen die Finanzierung der erhöhten Sicherheitsauflagen ermöglicht. Diese müssen vom Land übernommen werden.
- Einen Schutzschirm für ehrenamtliche Veranstalter in Form einer Versicherung analog zu den Möglichkeiten der Kommunen beim GVV,
- Umgehende Schulungen für Veranstalter vor Ort.
- Die kritische Überprüfung der sog. „Anwendungshinweise für öffentliche Veranstaltungen unter freiem Himmel in Rheinland-Pfalz“ des Innenministeriums.
- Eine Lösung für die erschwerte Erteilung der Betriebserlaubnis von Fahrzeugen, die bei Festumzügen eingesetzt werden und nur mit niedriger Schrittgeschwindigkeit fahren, keine Beleuchtung etc. benötigen.
- Die Verlängerung der Ausnahmeregelung für sog. Felder- bzw. Weinbergsfahrten.